Gustav A. Horn

Wozu Makroökonomie?

Wer heute im Fachdiskurs der Ökonomen, vor allem in Deutschland, als ewig Gestriger erscheinen will, der muss sich nur als Makroökonom bezeichnen. Dieser Zweig der Ökonomie, der vor einigen Jahrzehnten noch in hohem Ansehen stand, ja sogar als Königsdisziplin der Ökonomie angesehen wurde, gilt heute eher als randständig. Seine Bedeutung wird im Vergleich zur Mikroökonomie als gering eingeschätzt. Dies ist erstaunlich, da sich die Makroökonomie mit Themen beschäftigt, die eigentlich alle angehen. Klassische Inhalte der Makroökonomie sind Wachstum, Beschäftigung, Außenwirtschaft und Inflation. Dies umfasst auch wirtschaftspolitische Analysen zur Finanz-, Lohn- und Geldpolitik. Insofern ist jeder private Haushalt, jedes Unternehmen und nicht zuletzt der Staat betroffen, also, wie der Name schon sagt, die Gesamtwirtschaft.

Der Aufstieg der Mikroökonomie

Bis etwa Mitte der siebziger Jahre wurden die gesamtwirtschaftlichen Phänomene auch gesamtwirtschaftlich abgehandelt. Das heißt, es wurden z.B. Inflation und Arbeitslosigkeit als das Resultat gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen – etwa bei Löhnen und Zinsen – und wirtschaftlicher Schocks z.B. aus der Weltwirtschaft erklärt. Mit den wirtschaftlichen Krisen der siebziger Jahre kamen diese Erklärungsansätze in Not, denn es traten zwei Phänomene zusammen auf, die nach den vorherrschenden theoretischen Vorstellungen nie zusammen hätten auftreten sollen: hohe Inflation und hohe Arbeitslosigkeit. Die gängige Theorie war seinerzeit überwiegend von keynesianischem Gedankengut inspiriert. Demnach hätte eine hohe Arbeitslosigkeit, die ja bei den privaten Haushalten zu einer gedrückten Einkommensentwicklung führen musste, sich in einer sinkenden Nachfrage nach Gütern niederschlagen müssen. Als Folge hätten dann auch die Preise und damit die Inflation unter Druck geraten sollen. Das dem nicht so war, überraschte viele Ökonomen und führte am Ende zu einem makroökonomischen Paradigmenwechsel sowohl in der ökonomischen Lehre, wo er sich zumindest in den USA schon länger angedeutet hatte, als auch in der Wirtschaftspolitik. Es bildete sich in der Folge ein neues Verständnis von Makroökonomie heraus, das im Kern trotz sinkender Akzeptanz bis heute Bestand hat.

Das beherrschende Element dieser Wende ist die so genannte *Mikrofundierung* der Makroökonomie. Damit ist gemeint, dass gesamtwirtschaftliche Studien sowohl in der Theorie als auch in der Empirie letztlich auf einzelwirtschaftliches Verhalten zurückgeführt werden. Ein prominentes Beispiel ist die so genannte *Phillipskurve,* die eben jenen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit abbildet, an dem die keynesianischen Denkweisen gescheitert schienen. Bis in die siebziger Jahre wurde alle Mühe darauf verwendet, diese Kurve empirisch möglichst fundiert zu ermitteln. Dass eine solche Beziehung existierte, stand weitgehend außer Frage. Für die Wirtschaftspolitik wurde dies so interpretiert, dass mit einer expansiven Geld- oder Fiskalpolitik, die die Inflation beschleunigten, die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnte. Berühmt ist der Ausspruch des damaligen Bundeskanzlers Schmidt: »Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit.« Die Gewerkschaften verstanden, was nahe lag, diesen Zusammenhang als Aufforderung zu hohen

Lohnabschlüssen, welche die Wirtschaft auch um den Preis hoher Inflation stimulieren sollten.

Diese Sichtweisen wurden im Zuge des makroökonomischen Paradigmenwechsels zur Mikroökonomie heftig kritisiert. Der entscheidende Gedanke dabei war, dass ein solcher Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit im Widerspruch zu einzelwirtschaftlich rationalem wirtschaftlichem Handeln steht. Wenn die Wirtschaftspolitik über einen expansiven Kurs, der die Inflation antreibt, die Wirtschaft zu stimulieren versucht, ist dies demnach zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Denn die Unternehmen wie auch die privaten Haushalte würden eine lockerere Geldpolitik oder eine erhöhte staatliche Nachfrage am Ende nur dazu nutzen, ihre Preise bzw. ihre Lohnforderungen zu erhöhen, keinesfalls aber ihre Kapazitäten oder ihr Arbeitsangebot ausdehnen. Der Grund dafür besteht im Kern in der Annahme dieser Modelle, dass die einzelnen Unternehmen dem *Sayschen Theorem* folgen und ihre Produktion allein durch die Angebotsbedingungen bestimmen.

Die strikte Angebotsorientierung

Aus dem *Sayschen Theorem* folgt zum einen, dass Nachfrage zumindest längerfristig, in vielen Modellen aber auch kurzfristig keinen unmittelbaren Einfluss auf das ökonomische Aktivitätsniveau ausübt. Damit ist die realwirtschaftliche Unwirksamkeit von Nachfragepolitik von vornherein impliziert. Sie ist folglich nicht das Ergebnis theoretisch konsistenter Überlegungen, wie häufig dargestellt. Eine weitere Implikation ist, dass z.B. ein wirtschaftlicher Aufschwung am Arbeitsmarkt und nicht am Gütermarkt beginnen müsste. Denn zunächst müssen nach diesen theoretischen Vorstellungen die Unternehmen bereit sein, Güter zu produzieren und anzubieten, wozu sie vorab einen vermehrten Arbeitseinsatz benötigen, und dann erst steigt die Nachfrage nach Gütern als Folge der erhöhten Beschäftigung. Diese Sequenz ist aber in der Realität nicht gegeben. Bei Aufschwüngen steigt zuerst immer die Nachfrage und dann in Folge die Beschäftigung.

Eine offenere makroökonomische Ausrichtung muss dieses empirische Faktum als Ausgangspunkt nehmen und auf jeden Fall das ökonomische Aktivitätsniveau unmittelbar an die Nachfrage koppeln. Das bedeutet zudem nicht, dass das Angebot keine Rolle spielt. Sollten z.B. Angebotsprobleme aufgrund z.B. zu hoher Lohnzuwächse bestehen, käme es zu inflationären Tendenzen, die die gesamtwirtschaftliche Stabilität beeinträchtigen könnten. Insofern bleiben, ganz im Sinne der Nobel-Ökonomen Paul Samuelson und Bob Solow, beide Seiten des Marktes im Blickfeld.

Informationsprobleme als Kernproblem der Makroökonomie

Ein weiteres zentrales Element dieser Modelle ist, dass sie ein repräsentatives Unternehmen und einen repräsentativen Haushalt zum Ausgangspunkt ihrer einzelwirtschaftlichen Überlegungen nehmen. Deren rationales Verhalten bestimmt dann sowohl die einzelwirtschaftlichen als auch, wegen der Annahme der Repräsentativität, die gesamtwirtschaftlichen Verhaltensweisen. Auf diese Weise werden zwar Aggregationsprobleme elegant umgangen, jedoch wird die Heterogenität einer Volkswirtschaft, die sich in jeweils unterschiedlichen Verhaltensweisen der privaten Haushalte und der Unternehmen ausdrückt, ausgeblendet. Diese ist aber zentral für das Verständnis einer Volkswirtschaft. Denn in einer heterogenen Volkswirtschaft bestehen zahlreiche Informationsprobleme, die von den Haushalten und Unternehmen in op-

timaler Weise gelöst werden müssen. Optimal heißt, dass der Ertrag aus den Informationen den Aufwand ihrer Beschaffung nicht übersteigen darf. Da die Informationsbeschaffung nicht kostenlos an Geld oder vor allem an Zeit ist, dürfte das Optimum deutlich unter dem Maximum liegen.

In der Bewältigung dieser Informationsprobleme unterscheiden sich heute die verschiedenen makroökonomischen Forschungs- und Argumentationsstränge fundamental. Während die neoklassische und ihre artverwandten Linien hierin kein grundsätzliches ökonomisches Problem für die Märkte sehen, steht dies im Zentrum keynesianischer und hiervon inspirierter Sichtweisen. Für erstere schaffen Informationsprobleme allein Risiken, deren statistische Verteilung den Marktteilnehmern sogar bekannt ist; sie kennen also ihre grundsätzliche Struktur. Dies ist konsistent mit der Annahme, dass die Volkswirtschaft aus repräsentativen Haushalten und Unternehmen besteht, deren Verhaltensweisen folglich allen mehr oder minder bekannt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Informationsprobleme nur untergeordneter Natur sein. Mit Hilfe des Konzepts rationaler Erwartungen, das das Wissen um die grundlegenden wirtschaftlichen Verhaltensweisen voraussetzt, können dann lediglich unsystematische Abweichungen zwischen der Realität und den Erwartungen der Marktteilnehmer auftreten. Dies begründet auch die oben beschriebene Kritik an der *Philippskurve*.

In einem solchen Umfeld ist ein in jeder Hinsicht flexibles ökonomisches Umfeld optimal. Wenn hier Preise, Löhne, Güter- und Arbeitsmärkte von maximaler Flexibilität gekennzeichnet wären, dann könnte insbesondere Arbeitslosigkeit kein gravierendes Problem sein, da der flexible Arbeitsmarkt jederzeit für Markträumung sorgt. Umgekehrt bedeutet in dieser Sichtweise das Vorhandensein von hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit, wie dies in Deutschland der Fall ist, dass der Arbeitsmarkt zu inflexibel ist, sei es, weil er in seiner freien Entfaltung durch Regulierungen wie Kündigungsschutz gehemmt wird, sei es, dass die Löhne sich nicht flexibel genug nach unten bewegen. Auf dieser Logik beruhen die entsprechenden Vorschläge nach stärkerer Deregulierung und Lohnzurückhaltung. In einem solchen Umfeld kann konjunkturelle Stabilisierungspolitik nur schaden. *Erstens* ist sie wegen der inhärenten Stabilität der Märkte unnötig und, *zweitens*, verursacht sie Kosten bei der Fiskalpolitik in Gestalt öffentlicher Mittel oder in Gestalt höherer Inflation im Fall der Geldpolitik.

Diese Ansätze gerieten in den jüngst vergangenen Jahren zunehmend in Schwierigkeiten. Denn ähnlich wie beim Keynesianismus der siebziger Jahre traten zwei Phänomene zusammen auf, die nicht zusammen hätten auftreten dürfen. Niedrige Lohnzuwächse, ja sogar sinkende Reallöhne und abnehmende Beschäftigung. Dies hat Folgen für die wirtschaftspolitischen Debatten der Zukunft.

Eine andere Sichtweise

Moderne keynesianische und nachfolgende Ansätze verwenden hingegen den Begriff des repräsentativen Haushalts nicht. Sie benötigen ihn auch nicht, da sie von vornherein auf eine mikroökonomische Fundierung verzichten. Gerade weil aus dieser Perspektive die Informationsprobleme so fundamental sind, dass die Marktteilnehmer in heterogenen modernen Volkswirtschaften kaum Informationen über die Gesetzmäßigkeiten der Unsicherheit haben, auf die sie in ihrem wirtschaftlichen Handeln treffen. Es geht also nicht um Risiken, sondern um Unkenntnis. In einem solchen Umfeld sehen optimale Märkte anders aus als oben dar-

gestellt. Preis- und Lohninflexibilitäten und auch Regulierungen können hier die Informationsunsicherheit mindern und damit den Marktteilnehmern Kosten ersparen. Dies gilt selbstverständlich nicht für jede Inflexibilität und jede Regulierungsmaßnahme, aber es gibt im Rahmen dieser Ansätze produktive Inflexibilitäten, die als Informationsanker in einem Meer der Unsicherheit zu sehen sind. Haushalte können z.B. ihre Ausgaben nur optimal einsetzen, wenn sie zum einen nur bei sich träge verändernden Löhnen ihre Einnahmesituation abschätzen können und zum zweiten nur bei sich langsam ändernden Preisen, diese Einnahmen auch optimal verwenden können. Jede höhere Flexibilität führt dann zu stärkerer Unsicherheit und damit zu zurückhaltendem Ausgabenverhalten. Dies aber schwächt Nachfrage, Wachstum und Beschäftigung.

Märkte sind in dieser Sichtweise inhärent instabil und bedürfen wegen der unvermeidlichen Krisen einer angemessenen Stabilisierungspolitik, die je nach Art der Krise, sei es Nachfrage- oder Angebotsschwäche, diese zu kompensieren sucht. In diesem Modellrahmen können im Übrigen Inflation und Arbeitslosigkeit gemeinsam auftreten, wenn nämlich die Lohnabschlüsse zu hoch sind und damit die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen belastet wird. In diesem Umfeld feiert auch die *Philippskurve* in gewandelter Form eine Wiederauferstehung. Zwar gibt es in den von Akerlof maßgeblich entwickelten Ansätzen keinen durchgehenden systematischen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. In begrenzter Form, nämlich solange Inflation die Realeinkommen nicht spürbar drückt, haben sie dennoch Bestand.

Wie geht es weiter?

Diese Ansätze gewinnen in der internationalen ökonomischen Debatte zunehmend an Gewicht. Dieser Trend begann bereits mit dem Versuch in den achtziger Jahren, beide Modelllinien zu verbinden, in dem die Preis- und Lohnrigiditäten mikrofundiert wurden. Auch wenn gezeigt wird, dass es aus einzelwirtschaftlicher Sicht optimal sein kann, dass Preise und Löhne sich nur träge bewegen, bleiben diese Inflexibilitäten gesamtwirtschaftliche Unvollkommenheiten, die letztlich Arbeitslosigkeit und Inflation verursachen. Daher ist deren Existenz eigentlich unbegründet. Gleichwohl sind diese sog. neukeynesianischen Ansätze in der akademischen Welt bis heute sehr einflussreich, wenn auch weniger in der wirtschaftspolitischen Debatte.

Als Fazit bleibt, dass sich die Makroökonomie derzeit wieder einmal in einer Umbruchphase befindet. Wie schon beim Keynesianismus in den siebziger Jahren zeichnet sich nunmehr der Niedergang der Neuklassik ab. An deren Stelle wird nicht einfach wieder der gute alte Keynes treten, sondern ein moderner Keynesianismus, der die Bedeutung von Nachfrage, Preis- und Lohnrigiditäten und Regulierungen wieder ins rechte Licht rückt. Zugleich ist die Naivität gegenüber inflationsträchtiger, simpler staatlicher Nachfragepolitik und Kaufkraft stützender Lohnpolitik, die in den siebziger Jahren noch *en vogue* war, ein für alle mal dahin.



Gustav A. Horn (*1954) ist seit 2005 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der HANS-BÖCKLER-STIFTUNG.
Gustav-Horn@boeckler.de